

Die SP Jegenstorf sammelte erfolgreich Unterschriften

Am 16. Juni 2018 sammelte die SP Jegenstorf auf dem Dorfplatz erfolgreich Unterschriften für das Referendum gegen die Änderung des kantonalen Steuergesetzes und für den Volksvorschlag für eine wirksame und menschenwürdige Sozialhilfe. Ersteres wehrt sich gegen Steuergeschenke für Unternehmen mit grossen Gewinnen, letztere wehrt sich gegen das geplante Sparen bei der Sozialhilfe. Gesamthaft sammelten die aktiven SP-lerInnen 220 Unterschriften. Für beide kantonalen Vorlagen konnten innerhalb kürzester Frist genügend gültige Unterschriften gesammelt werden. Mitte August wurden die beglaubigten Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht. Schon vor dieser Einreichung hatte der Regierungsrat festgelegt, dass das Referendum gegen das Steuergesetz bereits im November 2018 zur Abstimmung gelangen soll. Ein unbernisches Tempo...



Beim **NEIN gegen das Steuergesetz** will man verhindern, dass die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen jährlich 161 Mio. Franken weniger Steuern zahlen müssen. Der Einnahmeausfall müssten endlich wohl die Bevölkerung und die KMU kompensieren. Schon heute werden 90% der kantonalen Steuern von der Bevölkerung und nur 10% von den Unternehmen finanziert. Der Regierungsrat plant sogar weitere Steuersenkungen für die Unternehmen, was ab 2022 sogar zu Mindereinnahmen von 314 Millionen führen würde. Weniger Steuereinnahmen bedeuten den Abbau öffentlicher Leistungen. Ende 2017 hat der Kanton zum Teil harte Leistungskürzungen in der Spitex, in der Bildung, im Jugend-, Alters- und Sozialbereich und bei Menschen mit Behinderungen durchgesetzt. Der Service Public ist unter Druck. Wer auf Spitex-Leistungen im Alter angewiesen ist, zahlt neu bis zu 500 Franken mehr im Monat.

In der Schweiz zahlen Unternehmen weniger Steuern als im internationalen Durchschnitt. Die Steuersenkungen für Konzerne mit den höchsten Gewinnen nützen nur wenigen Betrieben. 83% der steuerpflichtigen Betriebe im Kanton Bern, meist kleine und mittlere Unternehmen, gehen leer aus. Die Drohung, dass gewinnstarke Unternehmen in Steuerparadiese abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen, ist blosser Angstmacherei. Swisscom, Post, BKW, aber auch wichtige Industrie- und Dienstleistungsbetriebe sind stark im Kanton Bern verwurzelt. Zukunftsträchtige Unternehmen sind auf funktionierende Infrastrukturen, ein gutes Bildungssystem und qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen führt zu einer endlosen Negativspirale und schadet der Bevölkerung wie auch der Wirtschaft.

Jede Senkung der Gewinnsteuern von Unternehmen bedeutet nicht nur eine Mehrbelastung für Mittelstand und KMU, sondern auch Einnahmeausfälle für die Gemeinden. Fehlen Einnahmen in den Gemeindekassen, so drohen weitere Steuererhöhungen für Privatpersonen. So soll eine Neubewertung von den Liegenschaften teilweise die Steuerausfälle der Gemeinden kompensieren, was eine Steuererhöhung für den Mittelstand ist.

Am 12. Februar 2017 sprach sich das Berner Volk mit 68% NEIN klar gegen die Unternehmenssteuerreform (USR) III aus. Die Argumente der Befürworter waren etwa dieselben wie bei der Steuergesetzrevision. Man darf also gespannt sein, wie die BernerInnen im November abstimmen werden. Für die SP Jegenstorf ist die Sachlage klar!

Den **Volksvorschlag für eine wirksame und menschenwürdige Sozialhilfe** stellen wir in einer nächsten Ausgabe des Jegenstorfes vor.

Daniel Wyrsch, Grossrat / Mitglied der GL der kant. Finanzkommission